

Über Irrwege aus der Krise

Anfang des Jahres 2021 ist sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene und schließlich auch bei der Europäischen Union ein erbärmliches Scheitern zu beobachten.

Als am 17. März 2021 in Beeskow der Kreisausschuss tagte, hatte der Corona-Inzidenzwert im Landkreis gerade wieder die 100er-Marke überschritten. Und der Landrat musste berichten, dass eine Antwort der Landesregierung auf das vom Landkreis andert-halb Monate zu-vor eingereichte



Foto: Dr. Artur Pech

Richtungsweiser zum Beeskower Impfzentrum des Landkreises Oder-Spree

Impfkonzept

noch immer nicht eingegangen war. Stattdessen gab es die Information, im Land sei nunmehr nicht mehr das Gesundheitsministerium, sondern das Innenministerium für die Impfkampagne zuständig.

Der Landkreis ist gegenüber den hier lebenden Menschen in der Pflicht. Er kann zwar alles Mögliche organisieren, aber die benötigten Impfstoffe kann er nicht bereitstellen. Er bekam von der Landesregierung nicht einmal ein Impfzentrum zugebilligt.

Eine ordentliche Beschaffung der Impfstoffe wiederum misslang der Bundesregierung wie auch der Europäischen Kommission – über die der Bund das abwickeln wollte. Am 24. März konnte der Landkreis mit eigenen Kräften Impfzentren in Eisenhüttenstadt und Beeskow eröffnen, um den Menschen weitere Wege zu ersparen. Für beide zusammen sollen nun pro Woche insgesamt 1.000 Impfdosen geliefert werden. Der Landkreis hat rund 180.000 Einwohner.

Die Europäischen Union, ein zwischenstaatliches Gebilde, zu dem nicht wenige noch immer „Europa“ sagen, die Bundesrepublik Deutschland und auch deren Bundesländer stecken auch in diesem Fall in einer Krise. Und die vielzitierten „Kleinen Leute“ auf dem ebenso vielzitierten „flachen Land“ bekommen dieses Versagen schmerzhaft zu spüren.

Gleichzeitig ist die Entwicklung von Konzepten zu beobachten, die sich von den tatsächlichen Gegebenheiten wenig beeindruckt lassen. Da wird Wunsch für Wirklichkeit genommen und „mehr Europa“ als die Lösung der Probleme gepriesen.

Was die Linke in den Mitgliedstaaten nicht schafft, was die Europäische Union nicht schafft, das soll eine „Republik Europa“ richten. Speziell in der LINKEN ist dabei ein Rückfall hinter Erkenntnisse zu beobachten, die schon weit über hundert Jahre alt sind. Deshalb war ein Text aus dem Jahr 1915 neu zu lesen und auf seine aktuelle Bedeutung zu befragen.

Die „Republik Europa“: Neue Variationen auf ein altes Thema

Randglossen zu: W. I. Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“
(LW 21/342-346)

(01) Die „Republik Europa“ in der linken Debatte

Die „Republik Europa“ erschien in Anträgen an die Parteitage der LINKEN in Hannover (2017) und Bonn (2019) und fand dort jeweils keine Mehrheit. Erneute Verbreitung fand sie 2021 vor dem Online-Parteitag der LINKEN Ende Februar in einem Papier von Mattias Höhn (Mitglied des Bundestages). Dabei wird die Diskussion einseitig mit demokratietheoretischen Argumenten geführt.

Die ökonomische Seite bleibt zunehmend unbeachtet. 2017 hieß es noch „Die wirtschaftliche Ungleichheit der Mitgliedstaaten **und** (*Hervorhebung AP*) fehlende einheitliche Gesetzgebung, z.B. im Bereich Soziales, Arbeit und Rente, sind zum einen Hürden für die persönliche Lebensplanung und zum anderen nur dafür geeignet, die Konkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten aufrecht zu erhalten und weiter zu verschärfen.“ Da wurden wirtschaftliche Zustände und deren rechtliche Regelung zwar voneinander getrennt, die wirtschaftliche Ungleichheit aber immerhin genannt. 2019 war von der wirtschaftlichen Ungleichheit nicht mehr die Rede. Und das aus schlechtem Grund, denn tatsächlich wird in der EU die Ungleichheit größer.

(02) „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und Kassenpolitik

Der Forderung nach „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ ist nicht zu widersprechen. Mehr als problematisch ist es jedoch die materiellen Ursachen bestehender Ungleichheiten auszublenden und den Ausweg in rechtlichen Konstruktionen zu suchen.

Von einem sozialistischen Standpunkt aus können politische Umgestaltungen in demokratischer Richtung niemals kritisiert werden. Nicht erst Lenin stellte jedoch fest, dass die Regierungen als „nationale Millionärsausschüsse“ Klassenpolitik machen. Schon seit 1848 ist nachlesbar: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ (MEW 4/464)

Diese Feststellungen waren rund 100 bzw. 170 Jahre alt, als die Rede auf die „Republik Europa“ kam. Die Konzentration der Regierungsgewalt über einen Teil Europas (der heutigen EU) oder über ganz Europa – vom nach dem „Brexit“ im Sprachgebrauch

„überzeugter Europäer“ nicht mehr „europäischen“ Gibraltar bis zum nach Humboldt europäischen Ural – würde daran nichts ändern.

(03) Der ökonomische Inhalt der „Republik Europa“

Ist die „Republik Europa“ im Zusammenhang mit dem Kampf gegen ungleiche Behandlung als politische Losung völlig unanfechtbar, so bleibt doch die Frage nach ihrem ökonomischen Inhalt.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung, d.h. des Kapitalexports und der Beherrschung der Weltmärkte durch die „fortgeschrittenen“ und „zivilisierten“ Mächte ist die aktuell diskutierte „Republik Europa“ noch genauso unmöglich oder reaktionär wie die „Vereinigten Staaten von Europa“ vor hundert Jahren.

(04) Entwicklung der Kräfteverhältnisse und Aufrüstung

Die ökonomischen Gewichte verschieben sich in einem atemberaubenden Tempo. Während 1980 Anteil der EU am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt bei 26 Prozent lag, werden für 2025 noch rund 14 Prozent prognostiziert. Für die USA fällt dieser Wert in der gleichen Periode von 22 Prozent auf rund 15 Prozent, während er für die VR China von etwas über 2 Prozent bis auf fast 20 Prozent steigt. Das ist der tatsächliche Grund für die Verschärfung des Hochrüstungskurses mit dem „Zwei-Prozent-Ziel“ des Bruttosozialproduktes für die Aufrüstung.

(05) Krieg und ökonomische Interessen

Der beschleunigte Ausbau der Militärmacht ist eine Reaktion auf diese unübersehbare Schwächung wirtschaftlicher Positionen. Verkauft wird das Ganze dann als Streben nach „strategischer Autonomie“, die „Europa“ weltpolitikfähig machen müsse.

In der Europäischen Union wurden die Rüstungsausgaben von 193 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf 242 Mrd. Euro im Jahr 2019 erhöht. Kriegsvorbereitung und Krieg wird so zum Mittel für die Behauptung wirtschaftlicher Vorherrschaft.

Und damit tritt ein deutlicher Unterschied zu den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts zu Tage: Vor dem ersten Weltkrieg bekannte sich von Bülow

für dem Aufsteiger Deutschland im Reichstag zum Kampf um den „Platz an der Sonne“. Dem folgte der Kampf um den „Lebensraum im Osten“. Krieg sollte den Weg für die wirtschaftlichen Expansion freischießen.

(06) „Akteur mit eigenständigen Interessen“

Heute geht es „um ein Europa, das auch militärisch mehr Gewicht in die Waagschale werfen kann. Der Aufbau von Fähigkeiten und Strukturen ist das eine. Das andere ist der gemeinsame Wille, das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen, wenn es die Umstände erfordern.“ (Ursula von der Leyen, Münchner Sicherheitskonferenz, 16. 2. 2018)

Bereits 2016 formulierte die EU das Ziel „militärische Spitzenfähigkeiten“ anzuschaffen und fasste als ihre „Interessen“ ein „offenes und faires Wirtschaftssystem“ und den „Zugang zu Ressourcen“ zusammen. Als mögliche militärische Einsatzgebiete werden Länder „bis nach Zentralasien“ und im Süden „bis nach Zentralafrika“ benannt. Auch der „Schutz“ von Handelswegen bis hin zum „Südchinesischen Meer“ und der „Straße von Malakka“ wird aufgelistet.

Die Bülow-Rede im Deutschen Reichstag, in der es um den berüchtigten „Platz an der Sonne“ ging drehte sich übrigens auch um den Einsatz deutscher Kriegsschiffe gegen China.

Dieser Hintergrund darf nicht ausgeblendet werden, wenn es abstrakt heißt, die EU „müsse sich als politischer Akteur mit eigenständigen Interessen, Zielen und Werten verstehen und auch als solcher agieren.“ (Höhn)

(07) Das „Prinzip der Teilung nach der Macht“

Die Staaten, die in einer „Republik Europa“ aufgehen sollen, müssten sich heute nicht mehr über die Teilung von Kolonien verständigen. Aber sie agieren als kapitalistische Staaten noch immer unter Verhältnissen, unter denen „jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht“ unmöglich ist. Das gilt für ihr Verhältnis untereinander ebenso, wie für ihre Rolle in der Welt.

(08) Ökonomische Ursachen politischer Differenzen

Brexit ist eben nicht vorrangig aus der Abgehobenheit von Politikern zu erklären. Vielmehr haben die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen eine Sprengkraft hervorgebracht, die mit den historisch gewachsenen Mechanismen der EU nicht mehr beherrschbar war. Und in Griechenland ist Syriza nicht an demokratiethoretischen Petitionen,

sondern an wirtschaftlichen Machtverhältnissen gescheitert.

(09) „Gerechte Verteilung“ im Kapitalismus

Bei Lenin heißt es „Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine ‚gerechte‘ Verteilung des Einkommens zu predigen ist Proudhonismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn.“ Das ist noch immer so, auch wenn die „Republik Europa“ mit der Absicht begründet wird, die Segnungen des deutschen Hartz-IV-Systems über ganz EUropa zu verbreiten..

(10) Ökonomische Ursachen von Konflikten

Die Machtverhältnisse haben sich nicht nur weltweit geändert – Punkt (04). Auch innerhalb der EU driftet die wirtschaftliche Entwicklung auseinander. Hier vergrößerte sich der Abstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Bruttosozialprodukt pro Kopf von 67.000 Euro auf 76.800 Euro.

Dass Schlusslicht auf dieser Skala ist Bulgarien. Am 27. März 2021 war selbst im *ZDF – Heute* – zu erkennen, dass „mehr Europa“ für dieses Land nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist: „In der Pandemie rächt sich, dass das medizinische Personal seit dem EU-Beitritt stets gen Westen geht“, das bulgarische Gesundheitssystem kollabiert. Dafür ist auch die „Republik Europa“ keine Lösung. Aus den ökonomischen Verhältnissen sind die Konflikte innerhalb der EU viel zutreffender zu erklären, als aus mehr oder minder glücklichen rechtlichen Regelungen.

(11) Kriegsursachen

Der Unterschied zwischen aktuellen Kriegsvorbereitungen und den großen Kriegen des 20. Jahrhundert liegt auf der Hand: Der erste und der zweite Weltkrieg sollten Platz schaffen für wirtschaftliche Herrschaft. Heute soll der drohende Abstieg mit militärischen Mitteln verhindert werden – die bisherigen imperialen Platzhirsche beherrschen den wirtschaftlichen Gang der Dinge nicht mehr, deshalb soll er militärisch gedreht werden. Anders gesagt: Die wirtschaftlichen Absteiger verschieben auch die militärische Konfrontation „nach vorn“, auch mit deutschen Schiffen bis vor die Küsten Chinas.

(12) Der Staat „Republik Europa“ und seine Machtorgane

Eine „Republik Europa“ würde unter den gegebenen Bedingungen eine Gruppe von Staaten durch einen Staat ersetzen, nicht aber den Staat abschaffen. Insofern schließt die Forderung danach eine

„Europaarmee“ ein. Das führt zu der Frage nach der Zweckbestimmung solcher Streitkräfte. Die werden schließlich schon im Nationalstaat nicht unterhalten, um im Falle einer Pandemie militärisches Personal zur Nachverfolgung von Infektionsketten in Gesundheitsämtern abordnen zu können.

Wie könnte unter den tatsächlich bestehenden Bedingungen gesichert werden, dass eine solche „Europaarmee“ nicht dafür eingesetzt wird, Kapitalinteressen am Hindukusch zu „verteidigen“ – wie es mit der „nationalen“ Bundeswehr schon der Fall ist? Und was ist zu tun, damit eine in der „Republik Europa“ unvermeidliche „Europäische Grenzwa­che“ anders agiert, als heutzutage FRONTEX?

(13) Eine „Republik Europa“ ist möglich

Natürlich ist auch eine „Republik Europa“ als Abkommen zwischen den schon bisher die EU beherrschenden Mächten möglich. Als Abkommen darüber, wie die eigenen Machpositionen in der Welt gegen China „verteidigt“ werden kann oder – wie andere sagen – um mit den USA auf Augenhöhe zu kommen.

Im Vergleich zu China bedeuten die Europäische Union und die USA im Ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würde die „Republik Europa“ die Organisation der wirtschaftlichen Vergangenheit zur Hemmung der raschen Entwicklung Chinas bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus mit Europa verknüpft war, sind unwiderruflich dahin.

(14) „Republik Europa“ und Sozialismus

Die auch im Text „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ entwickelten Überlegungen Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land machen ihn heute auch unter Linken zur Unperson. Und was die Kommunistische Partei Chinas als „Sozialismus chinesischer Prägung“ bezeichnet, sehen auch Teile der Linken als Kapitalismus an. Dabei sollten jedoch drei Dinge nicht übersehen werden:

1. Die zum Beginn der 1980er Jahre begonnene Politik der KP Chinas hat durchaus Ähnlichkeiten zu der von Lenin formulierten und von Stalin abgebrochenen „Neuen Ökonomischen Politik“ der Sowjetunion der 1920er Jahre.
2. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Politik ist nicht zu bestreiten. Und er ist auch nicht nur eine Frage der Statistik, sondern eine Frage der gravierenden Verbesserung der Lebensverhältnisse für ein Milliardenvolk.

3. Demokratietheoretische Überlegungen zur „Republik Europa“, ohne Behandlung der Klassenverhältnisse haben mit Sozialismus nichts zu tun.

(15) „Republik Europa“ und Nationalismus

Gelegentlich wird die „Republik Europa“ als Mittel gegen den Nationalismus dargestellt. Das ein Einheitsstaat kein geeignetes Mittel zur Lösung der nationalen Frage ist, lässt sich praktisch innerhalb der EU von Schottland über das Baskenland bis nach Katalonien und darüber hinaus auf dem Balkan oder in Russland besichtigen. Auch hier hilft die völlige Ausblendung der ökonomischen Verhältnisse nicht weiter.

„Damit die Völker sich wirklich vereinigen können, muß ihr Interesse ein gemeinschaftliches sein. Damit ihr Interesse gemeinschaftlich sein könne, müssen die jetzigen Eigentumsverhältnisse abgeschafft sein, denn die jetzigen Eigentumsverhältnisse bedingen die Exploitation der Völker unter sich“. (MEW 4/416). Und: „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“ (MEW 4/479) Dem ist auch durch die Konstruktion einer „Republik Europa“ nicht zu entkommen.

Fazit

Wenn es LINKEN um mehr gehen soll, als um eine effektivere Verwaltung des europäischen Kapitalismus und die Durchsetzung seiner weltweiten Interessen kann auch bei der „Republik Europa“ die Auseinandersetzung mit ihrer ökonomischen Seite nicht ausgeblendet werden.

Die Argumente Lenins zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ können ignoriert werden – wiederlegt werden sie damit nicht. Wer so verfährt, kann sich auch nicht auf Marx berufen. Die „Republik Europa“ ist eine Neuauflage der Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Sie ist weder ein linkes noch ein internationalistisches Projekt.

Impressum:
Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Auflage: 2.000 Exemplare;
Redaktionsschluss: 29. März 2021
Autor dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech, Schöneiche, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree

Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa

Wladimir Iljitsch Lenin

Gedruckt nachzulesen in: Lenin Werke, Band 21, Seite 342-346; Dietz Verlag Berlin, 1972

In Nr. 40 des "Sozial-Demokrat" teilten wir mit, dass die Konferenz der Auslandssektionen unserer Partei beschlossen hat, die Frage der Losung "Vereinigte Staaten von Europa" bis zur Erörterung ihrer *ökonomischen* Seite in der Presse zu vertagen.¹

Die Diskussion über diese Frage hatte auf unserer Konferenz einseitig politischen Charakter angenommen. Das war zum Teil vielleicht dadurch hervorgerufen, dass diese Losung im Manifest des Zentralkomitees direkt als politische Losung formuliert ist ("die nächste politische Losung ..." - heißt es dort), wobei nicht nur von republikanischen Vereinigten Staaten von Europa gesprochen, sondern noch speziell betont wird, dass diese Losung sinnlos und verlogen ist, "wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden."

Gegen eine solche Fragestellung im *Rahmen* der politischen Beurteilung dieser Losung zu polemisieren - z.B. von dem Standpunkt aus, dass sie die Losung der sozialistischen Revolution verdunkle oder abschwäche u. dgl. mehr, wäre vollkommen falsch. Politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung, erst recht aber politische Revolutionen können keinesfalls und niemals, unter keinen Umständen die Losung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen. Im Gegenteil, sie bringen sie stets näher, verbreitern ihre Basis, ziehen neue Schichten des Kleinbürgertums und der halbproletarischen Massen in den sozialistischen Kampf hinein. Andererseits aber sind politische Revolutionen unvermeidlich im Verlauf der sozialistischen Revolution, die man nicht als einzelnen Akt betrachten darf, sondern als eine Epoche stürmischer politischer und ökonomischer Erschütterungen, des schärfsten Klassenkampfes, des Bürgerkriegs, der Revolutionen und Konterrevolutionen betrachten muß.

Ist jedoch die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa im Zusammenhang mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas, an ihrer Spitze der russischen, völlig unanfechtbar als politische Losung, so bleibt doch noch die sehr wichtige Frage nach dem ökonomischen Inhalt und Sinn dieser Losung. Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die "fortgeschrittenen" und "zivilisierten" Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär. Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Die Welt ist aufgeteilt unter ein Häuflein von großmächten, d.h. von Staaten, die in der großangelegten Ausplünderung und Unterdrückung der Nationen die grössten Erfolge zu verzeichnen haben. Die vier großmächte Europas: England, Frankreich, Rußland und Deutschland, mit einer Bevölkerung von 250-300 Millionen und einem Territorium von etwa 7 Millionen Quadratkilometern, verfügen über Kolonien mit einer Bevölkerung von fast einer *halben Milliarde* (494,5 Millionen) und einem Territorium von 64,6 Millionen Quadratkilometern, d.h. fast über den halben Erdball (133 Millionen Quadratkilometer ohne Polargebiet). Man nehme noch die drei asiatischen Staaten China, die Türkei und Persien hinzu, die jetzt von den einen "Befreiungs"-krieg führenden Räubern, nämlich von Japan, Rußland, England und Frankreich, in Stücke gerissen werden. Diese drei asiatischen Staaten,

die man als Halbkolonien bezeichnen kann (in Wirklichkeit sind sie jetzt zu neun Zehnteln Kolonien), haben eine Bevölkerung von 360 Millionen und eine Gesamtfläche von 14,5 Millionen Quadratkilometern (d.h. fast eineinhalbmal soviel wie die Gesamtfläche von ganz Europa).

Ferner haben England, Frankreich und Deutschland im Ausland mindestens 70 Milliarden Rubel Kapital untergebracht. Um die "legitimen" Einkünfte aus dieser hübschen runden Summe - Einkünfte von über drei Milliarden Rubel jährlich - einzutreiben, sind die nationalen Millionärsausschüsse da, Regierungen genannt, die über Heere und Kriegsflotten verfügen und in den Kolonien und Halbkolonien die ganze Sippschaft des "Herrschers Kapital" in der Eigenschaft von Vizekönigen, Konsuln, Botschaftern, Beamten aller Art, Pfaffen und sonstigen Blutegehn "unterbringen".

So ist in der Epoche der höchsten Entwicklung des Kapitalismus die Ausraubung von rund einer Milliarde Erdbewohnern durch ein Häuflein von großmächtigen organisiert. Und unter dem Kapitalismus ist jede andere Organisation unmöglich. Auf Kolonien, auf "Einflußsphären", auf Kapitalexpert verzichten? Daran zu denken hiesse auf das Niveau des Pfäffleins herabsteigen, das jeden Sonntag den Reichen die Erhabenheit des Christentums predigt und ihnen rät, den Armen zu geben ...nun, wenn nicht ein paar Milliarden, so wenigstens ein paar hundert Rubel im Jahr.

Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. **Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich. Der Milliardär kann das "Nationaleinkommen" eines kapitalistischen Landes mit jemand anderem nur in einer bestimmten Proportion teilen: "entsprechend dem Kapital" (überdies noch mit einem Zuschlag, damit das grösste Kapital mehr bekommt als ihm zusteht). Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine "gerechte" Verteilung des Einkommens zu predigen ist Proudhonismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn.**

Es kann nicht anders geteilt werden als "entsprechend der Macht". Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland etwa drei- bis viermal so rasch wie England und Frankreich, Japan annähernd zehnmal so rasch wie Rußland. Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg. Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmässiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.

Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfäule befallene Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die

Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft war, sind unwiderruflich dahin.

Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen - solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in *einem* Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen.

Die Ungleichmässigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, dass der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen*, würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen.

Die politische Form der Gesellschaft, in der das Proletariat siegt, indem es die Bourgeoisie stürzt, wird die demokratische Republik sein, die die Kräfte des Proletariats der betreffenden Nation oder der betreffenden Nationen im Kampfe gegen die Staaten, die noch nicht zum Sozialismus übergegangen sind, immer mehr zentralisiert. Die Abschaffung der Klassen ist unmöglich ohne die Diktatur der unterdrückten Klasse, des Proletariats. Die freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder minder langwierigen, hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken gegen die rückständigen Staaten.

Aus eben diesen Erwägungen heraus, im Ergebnis vielfacher Erörterung der Frage auf der Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR und nach dieser Konferenz, ist die Redaktion des Zentralorgans zu dem Schluß gelangt, dass die Losung der Vereinigten Staaten von Europa eine falsche Losung ist.

"Sozial-Demokrat" Nr. 44, 23. August 1915